

Geschäftsbericht **2013**



Inhalt



4 Organe der Gesellschaft

6 Lagebericht

21 Bilanz

25 Gewinn- und Verlustrechnung

29 Anhang

30 Erläuterungen

40 Bestätigungsvermerk

41 Bericht des Aufsichtsrates

43 Anlagen

44 Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

45 Entwicklung der Aktivposten

46 Überschussverwendung

Organe der Gesellschaft

Vertreterversammlung

Gaetano Bagala, Krefeld
Erwin Bartmann, Lappersdorf
Marina Best, Köln
Horst Braun, Freiburg
Peter Braun, Bad Mergentheim
Reiner Brüggemeier, Salzkotten
Marion Damm, Dresden
Christof Ditzel, Finnentrop
Rainer Eckmaier, Bamberg
Dr. Antonia Ehring, Leverkusen
Christa Emmerich, Koblenz
Gabriel Faber, Soest
Günter Fuchs, Bad Driburg
Klaus Grosche, Meschede
Franz-Josef Hartmann, Bad Driburg
Wilhelm Hinkelmann, Hamm
Franz Hutter, Pfünz
Karl-Heinz Käfer, Steinmauern
Herbert Knoche, Schmallerberg
Kunigunde Kummert, Hahnbach
Ralf Küthe-zur-Lienen, Bersenbrück
Bernhard Limburg, Wegberg
Josef Müller, Beckingen
Ursula Osthoff, Arnsberg
Wolfgang Rattai, Neukirchen
Gisela Sträter, Freiburg
Michael Süßmilch, Wermsdorf
Christoph Weide, Langenscheid
Norbert Wemhoff, Georgsmarienhütte
Peter Wemhoff, Starnberg



Aufsichtsrat

Thomas Vortkamp,
Dipl.-Kaufmann,
Gundelfingen,
Vorsitzender

Herbert Schäffer,
Dipl.-Verwaltungswirt,
Paderborn,
Stellvertretender Vorsitzender

Harry Buchstein,
Verwaltungsdirektor,
Arnsberg

Renate Heinzmann,
Betriebswirtin,
Freiburg/Br.

Gerhard Krane,
Geschäftsführer,
Lippetal

Alfons Neumann,
Caritasdirektor i. R.,
Wittenförden

Stefan Sendker,
Bilanzbuchhalter,
Münster

Vorstand

Christof Heinrich,
Dipl.-Mathematiker, Aktuar DAV, Erftstadt *,
Vorsitzender

Michael Wrobel,
Versicherungsfachwirt, Köln *

Dirk Puspas,
Dipl.-Betriebswirt,
Steuerberater, Berlin

Willy Schmitz,
Betriebswirt, Dresden

* geschäftsführende Vorstandsmitglieder

Treuhänder

Michael Rudolph,
Dipl.-Volkswirt, Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater, Bornheim

Stellvertretender Treuhänder

Dirk Riesenbeck-Müller,
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater,
Hürth

Verantwortlicher Aktuar

Dr. Friedemann Lucius,
Köln

Abschlussprüfer

a x i s GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln

Lagebericht

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung
2. Bericht über Risiken und Chancen
3. Geschäftsverlauf
4. Ausblick
5. Sonstige Angaben, u. a. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag



Der Vorstand der SELBSTHILFE Pensionskasse der Caritas VVaG (nachfolgend SELBSTHILFE oder SELBSTHILFE Pensionskasse oder Pensionskasse der Caritas oder Pensionskasse) legt hiermit den Lagebericht über das Jahr 2013, das 61. Geschäftsjahr der Pensionskasse, sowie die Jahresbilanz zum 31.12.2013 und die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2013 einschließlich Anhang vor.

Die SELBSTHILFE ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 VAG; Geschäftsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland.

Die SELBSTHILFE wurde im Jahre 1952 gegründet; sie hat ihre Geschäftstätigkeit zum 10.03.1953 aufgenommen.

Zweck des Vereins ist es, den bei ihm versicherten Mitgliedern nach Maßgabe der Satzungsbestimmungen folgende Leistungen zu gewähren:

- a) eine Altersrente,
- b) eine Rente bei Erwerbsminderung,
- c) eine Witwen-, Witwer- und Waisenrente für die Hinterbliebenen eines im entsprechenden Tarif versicherten Mitgliedes,
- d) ein Sterbegeld.

Weitere Versicherungszweige werden nicht betrieben.

Versicherungsfähig sind alle jetzigen und früheren Mitarbeiter aus den Einrichtungen der Deutschen Caritas und der katholischen Kirche sowie deren Angehörige und die Mitglieder der Ordensgemeinschaften.

Versicherungsgeschäfte gegen festes Entgelt ohne Begründung einer Mitgliedschaft werden nicht getätigt. Mitglieder, die aus den Diensten einer caritativen Einrichtung ausscheiden, können ihren Vertrag beim neuen Arbeitgeber fortführen oder mit eigenen Mitteln weiterführen.

Betriebliche Altersversorgung - eine der wichtigsten Vorsorgemaßnahmen für Arbeitnehmer

Anhaltend niedrige Zinsen und eine weiter sinkende Sparquote bei den Deutschen stellen auch für die private und betriebliche Altersversorgung ein herausforderndes Umfeld dar. Das spiegelt sich deutlich in den Neugeschäftszahlen bei Lebensversicherern, Pensionskassen und Pensionsfonds wider. Während das Neugeschäft gegen Einmalbeitrag im Vergleich zum Vorjahr noch gestiegen ist, sind die laufenden Beiträge im Neugeschäft um 13,1 Prozent zurückgegangen.

Das Neugeschäft der SELBSTHILFE konnte sich hingegen in etwa auf Vorjahresniveau stabilisieren.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten und angesichts hoher Staatsschuldenquoten in Europa steigt das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Im Hinblick auf die Anlage der Beiträge für das spätere Alterseinkommen stehen daher der Kapitalerhalt und die höchstmögliche Sicherheit im Vordergrund. Die betrieb-

liche Altersversorgung (bAV) ist aufgrund ihrer sicherheitsorientierten Anlagevorschriften die „geborene“ Lösung für diese Anforderungen. Das Geschäftsmodell der SELBSTHILFE Pensionskasse, das aufgrund seiner kostengünstigen Struktur hohe Garantieleistungen erbringt, kann sich daher auch in schwierigen Zeiten behaupten. Es bleibt unsere Aufgabe als Pensionskasse, das Altersvorsorgevermögen unserer Mitglieder gut und sicher durch die Niedrigzinsphase zu bringen.

Das **Frühjahrsmailing 2013** griff die Frage auf „Sind Sie richtig versichert?“. Viele Bundesbürger setzen bei ihrer wirtschaftlichen Absicherung der Lebensrisiken falsche Schwerpunkte. Risiken wie Tod, Krankheit oder Altersarmut werden im Vergleich zu materiellen Verlusten zu gering abgesichert. Das **Herbstmailing 2013** stand unter dem Thema „Die nächste Rentenreform kommt bestimmt“ und beleuchtete die Pläne der Parteien zur Rente und damit die Kernpunkte der Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut.

Strategien gegen Altersarmut beginnen im Erwerbsleben - Betriebsrenten verbessern die Alterssicherung von Geringverdienern

Altersarmut ist derzeit noch kein Problem in Deutschland. Doch das könnte sich mittelfristig ändern. Laut Alterssicherungsbericht der Bundesregierung haben 42 Prozent der Geringverdiener mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 1.500 Euro im Monat weder eine Riesterrente noch eine betriebliche Altersversorgung abgeschlossen. Hier wächst eine Risikogruppe heran, die weitestgehend sich selbst überlassen bleibt. Die SELBSTHILFE Pensionskasse, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, stellt sich diesem sozialpolitischen Problem. Ergänzend zur Pflichtversicherung nach der Versorgungsordnung B können sogenannte „Opting-Out-Modelle“ eine sinnvolle Lösung bieten. Beim Opting-Out nimmt jeder Arbeitnehmer automatisch an der Entgeltumwandlung teil. Sofern der Mitarbeiter nicht teilnehmen möchte, kann er innerhalb einer angemessenen Frist widersprechen. So wird die Altersvorsorge über den Arbeitgeber zum Normalfall.

Die Tarife der SELBSTHILFE Pensionskasse sind den Erfordernissen der betrieblichen Altersversorgung entsprechend ungezillmert; den Versicherten steht ab Vertragsbeginn ein Vertragsguthaben von mindestens 92 Prozent der gezahlten Beiträge zur Verfügung. Damit ist bei der Entgeltumwandlung nicht nur dem Grunde, sondern auch der Höhe nach ein unverfallbarer Anspruch ab Versicherungsbeginn gegeben. In der heutigen Arbeitswelt mit einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von unter fünf Jahren ist diese besondere Produkteigenschaft für Mitarbeiter und Arbeitgeber gleichermaßen von entscheidender Bedeutung.

Mit dem Alterseinkünftegesetz hat der Begriff der Portabilität in das Betriebsrentengesetz Eingang gefunden. Bei einer klassischen Pensionskasse, bei der der Mitarbeiter Mitglied der Kasse und damit auch Versicherungsnehmer ist, kann jeder neue Arbeitgeber des Mitarbeiters den bestehenden Vertrag weiter dotieren. Eine Übertragung auf andere Altersversorgungseinrichtungen ist ebenfalls problemlos möglich. Viele Arbeitgeber ziehen es jedoch vor, einen neuen Mitarbeiter mit einem neuen Vertrag in das bei ihnen bereits vorhandene Versorgungswerk zu integrieren, anstatt seinen bestehenden bAV-Vertrag zu übernehmen. Dies geschieht, obwohl die Lebensversicherungsbranche immer noch durch die überwiegende Verwendung von gezillmerten Produkten, also mit einmaligen Abschlusskosten belasteten Tarifen, geprägt ist. Daher führt eine Übertragung auf einen neuen Versicherungsträger für das Mitglied in den meisten Fällen zu einer erheblichen Leistungsminderung.

Auch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung ist die Dotierung eines bestehenden Vertrages für den neuen Arbeitgeber empfehlenswert.

Die Marktbeobachtung bei Pensionskassen über garantierte Rentenleistungen zeigt, dass die Leistungen der SELBSTHILFE Pensionskasse im Vergleich zu den gewerblichen Angeboten auch nach Umstellung auf die Unisex-Tarifgeneration unverändert ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis bieten.

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung

1.1 Die Vertreterversammlung 2013 hat beschlossen, zum 01.01.2014 eine Erhöhung der Renten und Anwartschaften durch Überschussverwendung wie in der Anlage 2 zum Anhang detailliert dargestellt, vorzunehmen. Durch die Verwendung ungezillmerter, also nicht mit Abschlusskosten belasteter Tarife, steht von Vertragsbeginn an ein positiver Zinsträger zur Verfügung. Damit erzielt die Überschussverwendung bei der SELBSTHILFE Pensionskasse einen materiell höheren Wert als der gleiche Überschussatz bei gezillmerten Tarifen, die in den ersten Jahren nur ein geringes Vertragsguthaben entwickeln.

1.2 Wiederum wurde zusätzlich zur Deckungsrückstellung eine Zinszusatzreserve gebildet. Damit wird materiell der Rechnungszins für das Geschäft vom 01.01.1997 bis zum 30.06.2000 auf 3,41 % abgesenkt. Der mittlere Rechnungszins im Gesamtbestand beträgt 3,42 %.

1.3 Rückblickend haben sich die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft im Jahr 2013 nicht erfüllt. Wichtige Kennzahlen zur Industrieproduktion und zu den Exporten zeigen, dass die globale Wirtschaft kaum gewachsen ist; auch die deutsche Wirtschaft hat in 2013 kaum zugelegt. Während 2013 nur eine Wachstumsrate von 0,4 % erreicht worden ist, werden für 2014 aus volkswirtschaftlicher Sicht etwa 1,5 % bis 2,5 % Wachstum erwartet. Die Schuldenkrise steht nicht mehr im Fokus der Märkte, aber die Probleme sind noch lange nicht gelöst. In den Industrieländern stehen die öffentlichen Haushalte angesichts der erwarteten Schuldenquote in der Eurozone von 110 % des Bruttoinlandsproduktes weiterhin unter erheblichem Anpassungsdruck. Politik und EZB werden jedoch weiterhin alle vertretbaren Maßnahmen einsetzen, um den Bestand der Europäischen Währungsunion und die Refinanzierung schwacher Mitgliedstaaten sicherzustellen. Insgesamt führt die extrem expansive Geldpolitik der EZB dazu, dass das Zinsniveau in den Euro-Kernländern künstlich niedrig bleibt. Wünschenswerte Rahmenbedingungen für das Pensionsmanagement sehen anders aus, aber gerade in schwierigen Zeiten zeigen sich Stabilität und Zuverlässigkeit eines risikominimierten Geschäftsmodells. Die SELBSTHILFE Pensionskasse hat mit ihrer sicherheitsorientierten Anlagestrategie die für die betriebliche Altersversorgung angemessene Weichenstellung vorgenommen.

1.4 Die europäischen Aktienmärkte wiesen wie im Vorjahr ein volatiles und letztlich erfolgreiches Jahr 2013 auf. Während das erste Halbjahr vor allem durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet war, prägte eine massive Aufwärtsbewegung den Zeitraum ab Juli. Zum Jahresultimo notierte der EURO STOXX 50 bei 3.109 Punkten und somit 17,95 % oberhalb des Indexstandes zum Jahresanfang. Mit dem Ergebnis zum Jahresende hat er somit die Höchststände in 2010 und 2011 leicht überschritten.

Per Saldo weist daher ein europäisches Aktieninvestment in diesen Index seit Beginn der Euro-Staatsschuldenkrise eine ausgeglichene Entwicklung unter hohen Schwankungen auf.

1.5 Im Bereich der festverzinslichen Anlagen bewegte sich die Umlaufrendite der börsennotierten Bundeswertpapiere in einer Bandbreite zwischen 0,98 % und 1,66 %; zum Jahresschluss lag sie bei 1,61 % und somit in Nähe des Höchstwertes, der im September erreicht worden war. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen lag im Berichtsjahr zwischen 1,2 % und 2,1 %. Zum Jahresende rentierten diese Papiere bei circa 2 % p. a. und kompensieren nun wieder die aktuelle Inflation, die im Dezember bei 1,4 % lag. Da sowohl in der Euro-Zone als auch in den USA, Großbritannien und Japan kein Ende der lockeren Geldpolitik durch die Notenbanken zu erkennen ist, ist nicht mit einer signifikanten Änderung bei Zinsniveau und Inflationsrate zu rechnen.

1.6 Vor diesem Hintergrund erfolgten im abgelaufenen Jahr nur geringe Anpassungen bei den Kapitalanlagen.

In enger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erfolgte eine Anpassung der vertraglichen Regelungen innerhalb der vermögensverwaltenden Immobilienbeteiligungsgesellschaft, welche eine Anpassung im Bilanzausweis mit sich brachte.

Der Schwerpunkt der Kapitalanlagen liegt vor dem Hintergrund des geringen Zinsniveaus von erstklassigen Namenspapieren weiterhin im Bereich der indirekten Vermögensanlagen über Investmentfonds. Die Kapitalanlagegesellschaften und Depotbank liefern für nahezu alle Spezialsondervermögen und den gesamten Kapitalanlagebestand der Kasse umfangreiche Analyse- und Simulationswerkzeuge. Die SELBSTHILFE verfügt somit über ein modernes Risikomanagement im Bereich der Kapitalanlagen.

Die SELBSTHILFE hält zum 31.12.2013 Anteile am Immobilienfonds CS EUROREAL. Die verwaltende KAG hat den Fonds zum 20. Mai 2010 zunächst für drei Monate geschlossen, die Schließung im August 2010 um weitere neun Monate ausgedehnt und im Mai 2011 letztmalig um 12 Monate verlängert. Die geplante Öffnung im Mai 2012 scheiterte letztlich aufgrund zu zahlreicher Anteilsrückgabewünsche, so dass dieses Vermögen nun bis Mitte 2017 abgewickelt wird. Nach verschiedenen Verkäufen von Immobilien erfolgten im Juni und Dezember des abgelaufenen Geschäftsjahres weitere Sonderausschüttungen. Dennoch sind derzeit über 70 % des Vermögens weiterhin gebunden. Im Zusammenhang mit den jeweiligen Sonderausschüttungen wurde und wird ein Wertberichtigungsbedarf geprüft und entsprechend vorgenommen. Die Werthaltigkeit ist immer noch gegeben.

Des Weiteren hält die SELBSTHILFE Anteile an zwei weiteren Immobilien-Sondervermögen (EURO OFFICE 1 und EURO PROPERTY 1), bei denen derzeit die Anteilsscheinrückgabe nicht möglich ist. Die Anleger beider Fonds haben sich auf eine geordnete, vermögensoptimierte Abwicklung des Sondervermögens bis Ende 2015 respektive 2016 verständigt. Während diese Regelung für den EURO PROPERTY 1 bereits seit 2012 bestand, wurde im abgelaufenen Jahr eine vergleichbare Regelung für den EURO OFFICE 1 vereinbart. Im Rahmen erster Verkäufe erfolgte bereits die anteilige



Rücknahme von Anteilsscheinen. Die Werthaltigkeit der Anlagen wird fortlaufend, insbesondere in Zusammenhang mit dem Abschmelzen des Vermögens, geprüft.

Die aus den vorgenannten Fonds resultierenden Unsicherheiten hinsichtlich der zufließenden Erträge, möglichen Verlusten und Abschreibungen sowie der Liquidierbarkeit wird durch eine dezidierte Liquiditätsplanung und zurückhaltende, substanzerhaltende Ausschüttungs- und Wiederanlagestrategie Rechnung getragen.

- 1.7** Ab dem 1. Februar 2014 sollte das europäische SEPA-Verfahren den bisherigen nationalen Zahlungsverkehr ablösen. Zwischenzeitlich wurde dieser Termin auf den 1. August 2014 verschoben. Mit dem Umstellungsprojekt wurde bei der SELBSTHILFE im Jahr 2013 begonnen. Es erfolgte eine Information an die Mitglieder, dass vor allem das bisherige Lastschriftverfahren umgestellt wird. Der Umstellungsprozess verlief nahezu reibungslos und wird bis zur endgültigen Einführung vollständig abgeschlossen sein.
- 1.8** Altersvorsorge ist ein komplexes Produkt, daher ist die dazugehörige Beratung wichtiger Bestandteil des Satzungsauftrags. Die SELBSTHILFE Pensionskasse unterstützt die Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes durch kostenlose Informationsveranstaltungen, Referate und Einzelberatungen. Daneben beteiligt sich die Kasse an zahlreichen Veranstaltungen mit Beratungsteam und Messestand.
- 1.9** Neue Mitglieder zu gewinnen, ist für jede Pensionskasse von besonderem Interesse. Eine wichtige Rolle kommt dem Empfehlungsmarketing zu, denn nur „mehr als zufriedene Mitglieder“ werben wiederum neue Mitglieder. Das setzt voraus, dass unsere Beratungsqualität und der Kundenservice überzeugen. Die Bedürfnisse der uns angeschlossenen Arbeitgeber und unserer Mitglieder stehen dabei im Vordergrund. Der ständige Dialog mit Dienstgebern, Mitgliedern und Rentnern liefert uns dabei wertvolle Hinweise und bestätigt uns in unserer Arbeit. Telefon- und Fragebogenaktionen zur Prüfung der Zufriedenheit unserer Mitglieder gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung unseres Services an die Entwicklung der Mitgliederinteressen.

Für das der SELBSTHILFE Pensionskasse der Caritas im Jahr 2013 entgegenbrachte Vertrauen bedanken wir uns bei unseren Mitgliedern und bei den uns angeschlossenen Arbeitgebern.

Der Dank gilt ebenso unseren Mitarbeitern für ihre Einsatzbereitschaft und ihr verantwortungsvolles Wirken zum Wohle der bei uns versicherten Mitglieder.

2. Bericht über Risiken und Chancen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen gelten für den kleineren Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 VAG bezüglich der Umsetzung des KonTraG gewisse Erleichterungen. Unabhängig hiervon werden im Interesse einer kontinuierlichen und sicheren Geschäftsentwicklung der SELBSTHILFE mögliche Risiken der künftigen Entwicklung in die strategischen Entscheidungs-

prozesse einbezogen. Durch Änderungen in den Umfeldbedingungen können sich insbesondere Marktrisiken, Anlagerisiken, politische, technisch-organisatorische sowie biometrische Risiken ergeben.

2.1 Versicherungstechnische Risiken können aus der Gefahr zufällig eintretender höherer Leistungsaufwendungen (Zufallsrisiko) und der Gefahr der Änderung biometrischer, ökonomischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen (Änderungsrisiko) resultieren. Diesen Risiken wird durch Bildung ausreichender Rückstellungen (insbesondere Deckungsrückstellung) und des Eigenkapitals sowie der planmäßigen Analyse des Risikoverlaufs begegnet. Der Risikoverlauf im Gesamtbestand ist günstiger als in den geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen kalkuliert.

2.2 Kostenrisiken können durch ineffiziente Verwaltung, unzureichend ausgebildete und/oder unzufriedene Mitarbeiter sowie veraltete IT-Systeme entstehen. Darüber hinaus entstehen Kostenrisiken durch externe (z. B. gesetzgeberische) Vorgaben, die in der Regel keine Kostenerstattung für die Versicherungsunternehmen vorsehen (Beispiele: Rentenbezugsmitteilung, elektronisches Meldeverfahren an die Krankenkassen, Anforderungen an das Risikomanagement, aufsichtsrechtliche Ausweitung der Berichtspflichten). Durch einsatzbereite und qualifizierte Mitarbeiter, die durch leistungsfähige und zukunftssichere EDV-Vertragsverwaltungssysteme unterstützt werden, werden das Risiko ineffizienter Verwaltung und damit das Kostenrisiko minimiert. Die tatsächlichen Verwaltungskosten liegen deutlich unterhalb der geschäftsplanmäßigen Kostensätze für die Verwaltung der Verträge.

In den Jahren 2010 bis 2013 sind alle in Betrieb befindlichen EDV-Verwaltungssysteme ausgetauscht und technologisch auf eine aus Sicht der SELBSTHILFE bestmögliche Entwicklungsstufe gehoben worden. Im Bereich Risikomanagement wurde 2013 die bisher auf der Basis von Microsoft Excel beruhende Risikoerfassung, -bewertung und -berichterstattung auf ein neues System umgestellt (RisCo2 des Herstellers RoKoCo GmbH). Dieses System ist mehrplatzfähig und hat eine reversionssichere Änderungshistorie. Alle Führungskräfte verwalten damit die Einschätzung und Berichterstattung der von ihnen verantworteten Risiken.

Eine Anpassung der EDV-Verwaltungssysteme alleine führt aber nicht zu der gewünschten Effizienzsteigerung. Letztlich muss die Entwicklung von „Mensch und Maschine“ Hand in Hand gehen. Deshalb ist die Investition in Aus- und Weiterbildung eine wesentliche Maßnahme und stellt nach den Gehältern die größte Position im Personalkostenbereich dar. Hier fließt auch die geleistete Unterstützung im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsfürsorge ein. Von der Rückenschulung bis zum Lauffreß fördern wir das Engagement unserer Mitarbeiter.

2.3 Provisionsrisiken bestehen in der gewerblichen Lebensversicherung im Wesentlichen durch Frühstorno bei Einsatz gezillmerter Tarife und den damit verbundenen möglichen Verlusten aus diskontierten, aber noch nicht verdienten Abschlussprovisionen. Das Geschäftsmodell der SELBSTHILFE weicht hinsichtlich Produktgestaltung, Vertragsverwendung und Vermittlervergütung von den in der gewerblichen Lebensversicherung üblichen Gegebenheiten ab. Verträge der betrieblichen Altersversorgung werden für einen längeren Zeithorizont eingerichtet, so dass Beratungsbedarf nicht nur



bei Vertragsabschluss, sondern über die gesamte Laufzeit sicherzustellen ist. Daher hat sich die SELBSTHILFE hinsichtlich der Vermittlervergütung gegen das System der Abschlussprovision entschieden und kalkuliert eine laufende Courtage für Vermittlung und Beratung. Bei Pensionskassen handelt es sich überwiegend um Maßnahmen der betrieblichen Altersversorgung, die im Vergleich zur privaten Lebensversicherung nur in Ausnahmefällen vorzeitig beendet werden. Überdies ist nach den Vorschriften des Betriebsrentengesetzes eine Verfügung während der Dauer des Dienstverhältnisses und bei Ausscheiden des Mitarbeiters nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Unverfallbarkeit ausgeschlossen. Soweit eine betriebliche oder freiwillige Versicherung nicht beitragspflichtig weitergeführt wird, endet nach dem Vergütungssystem der Kasse der Anspruch des Vermittlers auf laufende Courtage. Es gilt das Prinzip, dass die Courtage dem Schicksal der Prämie folgt. Verluste aus nicht verdienten Abschlussprovisionen sind damit ausgeschlossen.

2.4 Kapitalanlagerisiken können sich sowohl aus Kurs- und Zinsrisiken als auch aus Adress-Ausfallrisiken ergeben, die laufend überwacht werden. Regelmäßig erstellte Asset-Liability-Studien stellen die Risiko-Rendite-Struktur bezogen auf die künftigen Verpflichtungen fest. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften sind die Kapitalanlagen unter den Kriterien möglichst großer Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung anzulegen.

Asset-Liability-Studien werden derzeit alle zwei Jahre erstellt. Untersuchungsgegenstände dieser Studien sind:

- die optimale Struktur der Kapitalanlagen in Abhängigkeit von den künftigen Leistungen der Pensionskasse zu finden,
- die Wahrscheinlichkeit zu maximieren, die vorgegebene Garantieverzinsung zu erzielen,
- Möglichkeiten zu schaffen, die Garantieverzinsung „über zu erfüllen“ und somit Spielraum für Überschussbeteiligung oder pauschale Zuführungen zur Deckungsrückstellung zu gewähren,
- den Aufbau der gesetzlichen Eigenmittelanforderungen zu planen (Solvabilität) und damit die Wahrscheinlichkeit eines Sanierungsfalles zu minimieren.

Die aktuelle Asset-Liability-Studie wurde im November 2013 gefertigt und bestätigte den in der Vergangenheit eingeschlagenen Kurs in der Anlagestrategie. Die Ergebnisse der aktuellen Studie untermauern die Strategie der Kasse zur Diversifikation der Anlagearten, welche besonders in der Euro-Staatsschuldenkrise stabilisierend wirkte. Ob und inwieweit diese Sicherheit zu Lasten zukünftiger Ertragspotenziale erkaufte werden muss bzw. kann, muss weiter eng begleitet werden. Das Kapitalanlageergebnis liegt nur unter Berücksichtigung der gesamten Aufwendungen für Kapitalanlagen und somit inklusive aller einmaligen Sonderbelastungen im Berichtsjahr leicht unter dem Rechnungszins und leistet somit keinen Beitrag zu den versicherungstechnischen Überschüssen. Die Aufstellung der Emittentenstruktur nach Gruppen und Volumen im Direktbestand findet sich in den Erläuterungen im Anhang zu Aktiva B. III.

Die SELBSTHILFE erfüllt die gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen. Die Bedeckung der Solvabilitätsspanne erfolgt vollständig durch explizite, d. h. in der Bilanz ersichtliche Eigenmittel (Verlustrücklage und freie RfB).

Da die Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten voraussichtlich weiterhin anhält, wird bis auf weiteres zusätzliche Risikovorsorge notwendig. Neben den aus den Vorschriften der Deckungsrückstellungsverordnung für das Geschäft ab 1997 sich ergebenden Anforderungen an die Bildung von Zinszusatzreserven drängt die Aufsichtsbehörde BaFin auch auf die Bildung von zusätzlichen Zinsreserven für das Geschäft vor Deregulierung der Pensionskasse, also das Geschäft bis zum 31.12.1996 (Altbestand im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes).

- 2.5 In zunehmendem Maße entstehen zum Teil erhebliche **Planungsrisiken** durch jährlich wechselnde - zum Teil rückwirkend geltende - regulatorische Vorgaben sowie die in regelmäßigen Abständen sich ändernde Steuer- und Sozialgesetzgebung.
- 2.6 **Produkttrisiken** entstehen durch die Verwendung von Tarifen, die für den Einsatz in der betrieblichen Altersversorgung schlecht geeignet sind. Durch Einsatz von Unisex-Tarifen, die überdies nicht mit Abschlusskosten belastet sind (ungezillmerte Tarife), werden Produkttrisiken minimiert.
- 2.7 **Marktrisiken** resultieren aus konkurrierenden Produkten und der Entwicklung der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme in unserem Geschäftsbereich.
- 2.8 Im Laufe des Berichtsjahres und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses sind für die SELBSTHILFE keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar geworden. Die künftige **Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage** wird mittelfristig bestimmt durch die Kapitalerträge und die Beitragsentwicklung, die sich aufgrund der Gewinnung neuer Mitglieder und Einrichtungen sowie die Gehaltsentwicklung und Einstellungspolitik bei den bestehenden Einrichtungen (Arbeitgebern) ergibt. Aufgrund des Geschäftsmodells verfügt die SELBSTHILFE über regelmäßige Einnahmen, Beiträge, Rückflüsse und Zinszahlungen, demgegenüber stehen Zahlungen für Versicherungsfälle (Renten, Sterbegelder etc.). Durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung ist eine jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt.
- 2.9 **Chancen:** Die Wachstumsprognosen für Deutschland liegen für das Jahr 2014 in einer Bandbreite zwischen 1,5 % bis 2,5 %. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr günstigere Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der betrieblichen und privaten Altersversorgung.

Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung deutlich für eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung ausgesprochen; sie plant eine Untersuchung der möglichen steuerlichen Hindernisse, welche die weitere Verbreitung der bAV verhindern.

Der Höchstrechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung soll für neue Verträge ab 01.01.2015 gesenkt werden. Diese Empfehlung hat die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) an die Bundesregierung ausgesprochen. Dies kann dazu führen, dass beabsichtigte Vorsorgemaßnahmen in das Jahr 2014 vorgezogen werden.

Moderne Vertragsverwaltung hat bei der SELBSTHILFE einen Namen - Pensionskasse24. Das neue Arbeitgeberportal soll die Auftragsprozesse zwischen Arbeitgeber und Pensionskasse effektiv unterstützen. Ab dem Jahr 2014 bieten wir den uns angeschlossenen Arbeitgebern mit dem neuen



Portal die Möglichkeit, sich unmittelbar und rund um die Uhr über Vertragsstände zu informieren. Statusänderungen können in Sekundenschnelle bei uns eingehen und dadurch die Bearbeitungszeit deutlich reduziert werden. Neuanmeldungen sowie Vertragsänderungen sind papierlos über komfortable Eingabemasken möglich und somit unabhängig von unseren Servicezeiten.

Diese Entwicklung unterstützt die für den Dienstgeber verwaltungsarme Durchführung der betrieblichen Altersversorgung und wird zugleich ein zusätzlicher Anreiz für die Zusammenarbeit mit der SELBSTHILFE Pensionskasse sein. Mit aller Umsicht und unserer Erfahrung aus über 60 Jahren werden wir uns auch im Geschäftsjahr 2014 für die Interessen unserer Mitglieder und die Sicherheit der zugesagten Rentenleistungen einsetzen. Für das Geschäftsjahr 2014 ist bei der SELBSTHILFE Pensionskasse mit einem zufriedenstellenden Ergebnis zu rechnen. Angesichts eines unverändert hohen Bedarfs an ergänzenden Altersvorsorgemaßnahmen erwarten wir eine weitere Steigerung des Versichertenbestandes. Dies gilt bereits unabhängig von den positiven Effekten durch die oben genannte Rechnungszinsabsenkung.

3. Geschäftsverlauf

3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden 492 (Vorjahr: 550) neue Versicherungsverträge abgeschlossen.

In 245 Fällen (Vorjahr: 161) wurde das Versicherungsverhältnis durch das Mitglied gekündigt.

3.2 Entwicklung des Versichertenbestandes

Die Anzahl der Versicherungsverträge hat sich im Geschäftsjahr erhöht.

Der Bestand teilt sich in Anwärter und Rentner wie folgt auf:

	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Anwärter	14.094	14.005
Rentner	10.274	10.274
Gesamt	24.368	24.279

In der Anlage 1 zum Lagebericht ist der Gesamtbestand und seine Entwicklung im Jahr 2013 dargestellt.

3.3 Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beitragseinnahmen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	2013	2012
	€	€
Beiträge	8.585.209,67	8.637.299,52

3.4 Versicherungsleistungen

a) Versicherungsfälle (ohne Regulierungsaufwendungen)

Für Versicherungsfälle entstanden dem Versicherungsverein im Berichtsjahr folgende Aufwendungen:

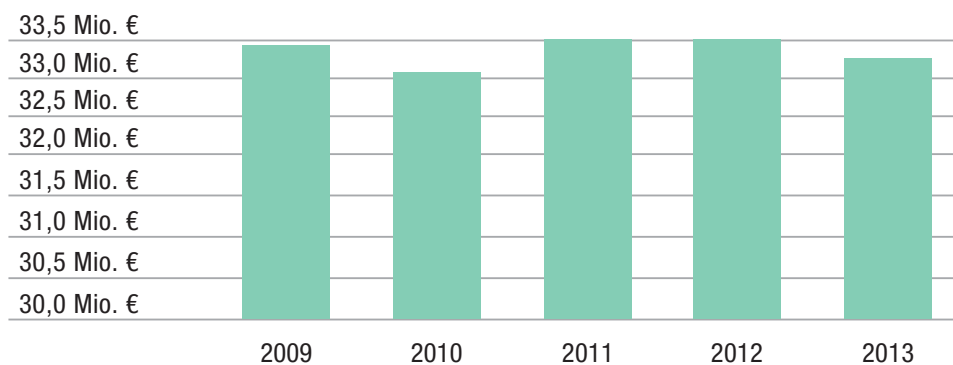
	2013	2012
	€	€
Renten	32.883.034,99	33.107.219,16
Sterbegelder	370.524,18	414.520,54
Gesamt	33.253.559,17	33.521.739,70

b) Beitragserstattungen (ohne Regulierungsaufwendungen)

Ausgeschiedenen Mitgliedern waren im Berichtsjahr folgende Beiträge zu erstatten:

	2013	2012
	€	€
Erstattungsleistungen	266.638,94	254.367,53

Versicherungsleistungen in Mio. €



3.5 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

	€
Stand 31.12.2012	570.889.608,63
Zugänge 2013	12.486.354,76
Abgänge 2013	31.048.243,58
Abschreibungen 2013	1.468.905,50
Stand 31.12.2013	550.858.814,31

In Anlage 1 zum Anhang sind die einzelnen Anlageposten und ihre Entwicklung in 2013 detailliert dargestellt. Der Rückgang der Kapitalanlagen um € 20.030.794,32 entspricht einer Veränderung um 3,51 %. Das Kassenvermögen ist nach den Erfordernissen von Sicherheit, Rentabilität, Liquidität und Streuung angelegt. Die diesjährigen Neuanlagen erfolgten im Spezialsondervermögen PKC, Einlagen bei Kreditinstituten und Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Gleichzeitig erfolgte eine ergebnisneutrale Umbuchung im Bereich der Anteile und Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

Für Teile der Kapitalanlagen (Investmentanteile) wurde das Wahlrecht zur Qualifizierung als dauerhaftem Geschäftsbetrieb gewidmet ausgeübt.

Das Ergebnis der Kapitalanlagetätigkeit beträgt nach Abzug der Aufwendungen € 17.754.691,76, was einer Nettoverzinsung von 3,17 % entspricht.

3.6 Verwaltungskosten

Die im Berichtsjahr auf die Verwaltung der Versicherungsverträge der Anwärter und Rentner entfallenden Verwaltungskosten (inklusive Aufwendungen für Versicherungsfälle) von € 1.489.943,21 liegen bei 3,47 % der Summe aus Beiträgen und Leistungen.

3.7 Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit beträgt € -1.160.839,50 und wird mit der Verlustrücklage verrechnet.

4. Ausblick

Die bisher vorliegenden Ergebnisse lassen für 2014 eine im Rahmen der wirtschaftlichen und rentenpolitischen Gesamtsituation liegende, insgesamt noch zufriedenstellende Entwicklung erwarten. Dabei werden erneut vor allem äußere Faktoren starken Einfluss auf das Geschäftsmodell und somit auch auf das Ergebnis der SELBSTHILFE haben. In erster Linie sind hier politische Entscheidungen und Einflüsse zu nennen. Während die „abschlagsfreie Rente mit 63“ nach 45 Beitragsjahren ein nationales Thema der Gesetzgebung im Sommer sein wird, dominierten im ersten Quartal geopolitische Faktoren. Hier führte die Krim-Krise zu den bekannten „politischen“ Börsen, die kurzfristig für große Schwankungen an den Märkten sorgen.

Das zweite Quartal wird eher unter europäischen Vorzeichen stehen. Trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der damit verbundenen Stabilisierung Europas können insbesondere die Ergebnisse der Europawahl zu Verstimmungen führen. Derzeit wird mit erheblichen Gewinnen von europakritischen Parteien gerechnet, die für eine dauerhafte Lösung der aktuellen Probleme hinderlich sein könnten. Entsprechend offen ist hierdurch die weitere Entwicklung der Europäischen Pensionsfondsrichtlinie, die den ordnungspolitischen Rahmen für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung vorgibt.

Die regulatorischen Vorgaben, die in Zeiten geringer Erträge durch ihre Wirkungsweisen eher belastend wirken, haben großen Einfluss auf die Angebotsvielfalt und Planbarkeit der bAV für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. So wird im Markt über „neue Garantien“ und moderne Konzepte das Risiko des Erfolges einer bAV auf den Arbeitnehmer verlagert. Gleichzeitig haben sich auch einzelne Anbieter aus dem Geschäftsmodell der Lebens- und Rentenversicherung verabschiedet.

Die SELBSTHILFE steht auch in unruhigen Zeiten zu ihrem Geschäftsmodell und wird sich weiterhin für die Sicherstellung einer plan- und kalkulierbaren Altersversorgung einsetzen.

Der Vorstand geht von einem leicht positiven Jahresergebnis aus.



5. Sonstige Angaben, u. a. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Herr Michael Wrobel wird mit Wirkung zum 01.07.2014 seinen Ruhestand antreten und zum gleichen Zeitpunkt von der geschäftsführenden Vorstandstätigkeit in die ehrenamtliche Vorstandstätigkeit wechseln. Seit dem 01.09.1998 ist Herr Wrobel für die Pensionskasse der Caritas tätig und wurde mit Wirkung zum 04.04.2000 zum geschäftsführenden Mitglied des Vorstands der Kasse berufen. Er wird auch künftig mit seiner langjährigen Erfahrung in der betrieblichen Altersversorgung die Arbeit in den Gremien der Kasse unterstützen.

Herr Dipl.-Kfm. Stephan Sander, der bereits seit dem 01.01.2011 als Hauptabteilungsleiter für die Bereiche Kapitalanlagen und Rechnungswesen tätig ist, wird mit Wirkung zum 20.05.2014 zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied der Kasse berufen.

Die ehrenamtliche Vorstandstätigkeit von Herrn Dirk Puspas endet vertragsgemäß zum 19.05.2014.

Köln, den 15. April 2014

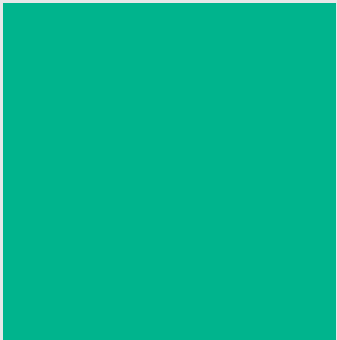
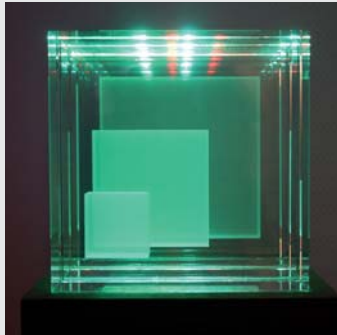
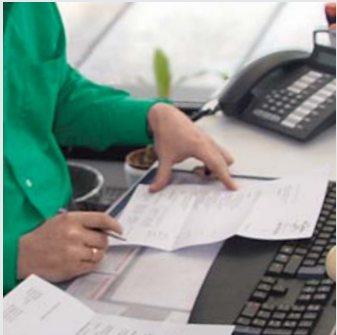
Der Vorstand der SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Christof Heinrich

Michael Wrobel

Dirk Puspas

Willy Schmitz



Jahresabschluss 2013

Bilanz

zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	€	€	€	31.12.2013 €	2012 Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände:				659.527,00	753
B. Kapitalanlagen:					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			18.205.213,51		18.267
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	8.542.625,00				543
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.550.000,00				10.150
3. Beteiligungen	<u>12.550,00</u>				<u>12</u>
			11.105.175,00		10.705
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	399.683.332,19				397.843
2. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen		0,00			198
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	58.500.000,00				58.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>55.800.000,00</u>				<u>62.800</u>
			114.300.000,00		121.300
4. Einlagen bei Kreditinstituten	7.535.093,61				22.546
5. Andere Kapitalanlagen	<u>30.000,00</u>				<u>30</u>
			<u>521.548.425,80</u>		<u>541.917</u>
				550.858.814,31	570.889
C. Forderungen:					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			257.151,30		406
II. Sonstige Forderungen			<u>6.667.346,07</u>		<u>6.709</u>
				6.924.497,37	7.115
D. Sonstige Vermögensgegenstände:					
I. Sachanlagen und Vorräte			322.847,95		435
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			13.023.484,74		1.295
III. Andere Vermögensgegenstände			<u>2.464.244,06</u>		<u>2.478</u>
				15.810.576,75	4.208
E. Rechnungsabgrenzungsposten:					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			2.477.282,77		2.509
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>16.745,44</u>		<u>15</u>
				<u>2.494.028,21</u>	<u>2.525</u>
				576.747.443,64	585.490

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass die für die Bedeckung der in der Jahresbilanz eingestellten Deckungsrückstellung erforderlichen Kapitalanlagen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Köln, den 15. April 2014, Michael Rudolph, Treuhänder

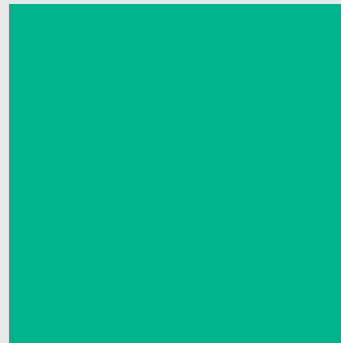
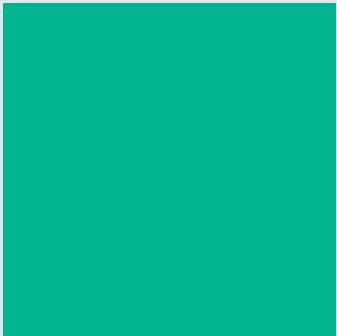
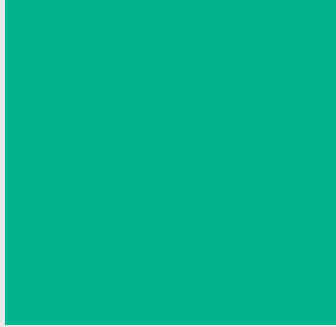
Passiva

	€	31.12. 2013 €	2012 Tsd. €
A. Eigenkapital:			
I. Gewinnrücklagen:			
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	7	27.181.250,35	28.342
B. Versicherungstechnische Rückstellungen:			
I. Deckungsrückstellung	8		
1. Bruttobetrag		543.733.965,72	550.923
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	9	148.000,00	340
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	10	2.876.315,43	3.112
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		10.992,78	11
		546.769.273,93	554.386
C. Andere Rückstellungen:			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	11	298.499,00	273
II. Sonstige Rückstellungen	12	107.298,53	123
		405.797,53	396
D. Andere Verbindlichkeiten:			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern		168.229,48	88
2. Versicherungsvermittlern		2.429,32	2
II. Sonstige Verbindlichkeiten	13	2.183.641,29	2.236
		2.354.300,09	2.326
E. Rechnungsabgrenzungsposten:	14	36.821,74	40
		576.747.443,64	585.490

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand ist die Deckungsrückstellung nach den zuletzt am 22.01.2014 genehmigten Geschäftsplänen berechnet worden.

Köln, den 15. April 2014, Dr. Friedemann Lucius, Verantwortlicher Aktuar

Siehe Erläuterungen zur Bilanz im Anhang, Seiten 30–37



Jahresabschluss 2013

Gewinn- und Verlustrechnung

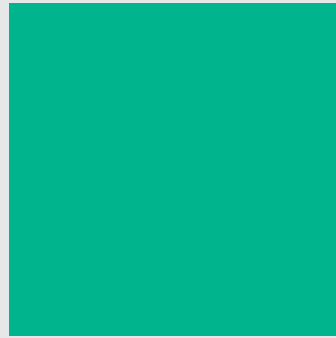
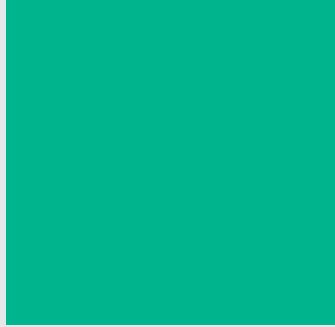
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	€	2013 €	2012 Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Gebuchte = verdiente Beiträge	15	8.585.209,67	8.637
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	16	235.874,58	565
3. Erträge aus Kapitalanlagen	17		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen (davon aus verbundenen Unternehmen: € 52.655,56)			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		3.264.022,31	3.824
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		18.919.333,52	19.696
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>0,00</u>	<u>6.872</u>
		22.183.355,83	30.392
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		5.746,37	7
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle:			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		34.365.954,10	34.670
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>-152.891,37</u>	<u>-51</u>
		34.213.062,73	34.619
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen: Deckungsrückstellung		-7.183.209,09	-6.305
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		0,00	71
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb:			
a) Abschlussaufwendungen		291.254,99	266
b) Verwaltungsaufwendungen		<u>352.932,23</u>	<u>347</u>
		644.187,22	613
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen:			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2.473.439,25	2.607
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	18	1.468.905,50	7.850
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>486.319,32</u>	<u>0</u>
		4.428.664,07	10.457
10. Versicherungstechnisches Ergebnis/Übertrag		-1.092.518,48	146

Siehe Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang, Seite 37–38



	€	2013 €	2012 Tsd. €
Übertrag		-1.092.518,48	146
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	392.289,20		359
2. Sonstige Aufwendungen	<u>459.333,22</u>	<u>-67.044,02</u>	<u>465</u> <u>-106</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-1.159.562,50	39
4. Sonstige Steuern		1.277,00	1
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-1.160.839,50	38
6. Entnahmen aus den (i. Vj. Einstellungen in die) Gewinnrücklagen – Verlustrücklage gemäß § 37 VAG –		1.160.839,50	38
7. Bilanzgewinn		0,00	0



Anhang

Erläuterungen

Bestätigungsvermerk

Bericht des Aufsichtsrates

Erläuterungen zur Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Die SELBSTHILFE ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit gemäß § 53 VAG. Für den vorliegenden Jahresabschluss waren im Wesentlichen folgende Gesetze und Verordnungen anzuwenden:

- Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV)
- Handelsgesetzbuch (HGB)
- Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)

Die Bilanzposten wurden wie folgt bewertet:

- Die Grundstücke werden zu Anschaffungskosten, die Bauten zu Anschaffungskosten abzüglich verrechneter planmäßiger Abschreibungen angesetzt (Nettomethode). Im Bau befindliche Gebäude werden mit ihren aktivierten Herstellungskosten entsprechend des Baufortschritts angesetzt. Bei den Abschreibungen wird die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrunde gelegt. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.
- Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Abschreibungen werden nur vorgenommen, sofern am Bilanzstichtag die Anschaffungskosten über dem Marktwert bzw. dem langfristig beizulegenden Wert liegen.
- Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt und mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.
- Alle Investmentzertifikate wurden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im abgelaufenen Jahr wurden Abschreibungen auf Investmentanteile wegen dauerhafter Wertminderung vorgenommen.
- Die Wertansätze für Investmentanteile enthalten weiterhin stille Lasten. Sorgfältige Untersuchungen der Vermögensgegenstände ergaben, dass eingetretene und nicht abgeschriebene Wertminderungen voraussichtlich vorübergehend sind. Die Unterschreitungen der Buchwerte zum Geschäftsjahresende beim PKC-Fonds beruhen im Wesentlichen auf den Ausschüttungen von ordentlichen Erträgen, die im Dezember erfolgten.
- Die Namensschuldverschreibungen werden allesamt mit dem Nennwert ausgewiesen. Agio- oder Disagiobildungen waren nicht erforderlich.
- Die Schuldscheindarlehen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich erfolgter Tilgungen bewertet.
- Andere Kapitalanlagen werden zu Anschaffungskosten angesetzt.



- Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und sonstige Forderungen werden zum Nominalwert angegeben (notwendige Einzelwertberichtigungen wurden vorgenommen). Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag ausgewiesen.
- Die Sachanlagen, Vorräte und immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen bewertet.
- Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Nennwert angesetzt.
- Sonstige Rückstellungen wurden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

AKTIVA

Die Entwicklung der einzelnen unter A und B aufgeführten Anlagepositionen ist der Anlage 1 zum Anhang zu entnehmen.

Zu B. Kapitalanlagen

- 1 I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sowie Anlagen im Bau

Die Bewertung erfolgte nach der Nettomethode. Die planmäßigen Abschreibungen auf Gebäude erfolgten mit 2 %, 2,5 % sowie 3,3 %.

Die gesamten Abschreibungen auf Gebäude betragen 2013 € 538.983,04.

Der Bilanzwert der eigengenutzten Grundstücke und Bauten beträgt € 1.342.046,98.

Der Zeitwert der Grundstücke und Bauten wurde im Allgemeinen nach der Ertragswertmethode zum 31.12.2013 ermittelt.

- 2 II. Hierbei handelt es sich um das verbundene Unternehmen AMAKURA-Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, mit einem Beteiligungsbuchwert in Höhe von € 480.125,00. Die SELBSTHILFE hält 69 % des Stammkapitals der Gesellschaft. Die AMAKURA-Beteiligungsgesellschaft mbH, an deren gezeichnetem Kapital die SELBSTHILFE € 40.500,00 hält, beendete ihr letztes Geschäftsjahr (vorliegender Jahresabschluss per 31.10.2012) mit einem Fehlbetrag von T€ 334 (Vorjahr Fehlbetrag T€ 2.989). Des Weiteren werden unter dieser Position auch die Anteile an einer vermögensverwaltenden Immobiliengesellschaft ausgewiesen (SH-Wohnen GmbH & Co. KG), die im vollständigen Besitz der SELBSTHILFE ist. Aufgrund einer aufsichtsrechtlich notwendigen Anpassung des Gesellschaftsvertrages erfolgte eine ergebnisneutrale Veränderung des Ausweises. Die bisher als Ausleihungen ausgewiesenen Beträge gingen ab; entsprechende Werte gingen als Beteiligung zu. Ein endgültiger Jahresabschluss über das Rumpfgeschäftsjahr der Gesellschaft zum 30.06.2013 lag noch nicht vor. Das vorläufige Ergebnis ist ausgeglichen.

Unter den Beteiligungen erfolgt der Ausweis der HM Software Beteiligungs-GmbH, Düsseldorf, mit einem Beteiligungskapital von € 12.550,00 (50 %).

Die AMAKURA-Beteiligungsgesellschaft mbH wird grundsätzlich mit ihrem Ertragswert bewertet, da sie eine Finanzholding und Alleingesellschafter der AMAKURA GmbH ist. Dies entspricht aufgrund der Tatsache, dass sich die Gesellschaft noch in der Entwicklungsphase befindet, dem Buchwert. Gleiches gilt für die Beteiligung an der SH-Wohnen GmbH & Co. KG, da der Zeitwert der Immobilien zuzüglich freier Vermögenswerte zum Bilanzstichtag oberhalb des Buchwertes lag. Die HM Software Beteiligungs-GmbH wird, da es sich um eine Vorratsgesellschaft handelt, ebenfalls mit dem Buchwert bewertet. Gleiches gilt für die SH-Wohnen Verwaltungs GmbH als Komplementärin.

- 3 III. Der Zeitwert der Investmentanteile ergab sich aus den Kurswerten bzw. Rücknahmepreisen zum 31.12.2013.

Der Zeitwert der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wurde anhand einer mark-to-market-Bewertung vorgenommen.

Gliederung nach Bilanzposten	Buchwert €	Zeitwert €	Bewertungsreserven €
Grundstücke und Bauten	18.205.213,51	39.313.120,89	21.107.907,38
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	8.542.625,00	8.542.625,00	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.550.000,00	2.550.000,00	0,00
Beteiligungen	12.550,00	12.550,00	0,00
Investmentanteile	399.683.332,19	367.005.546,00	-32.677.786,19
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	114.300.000,00	124.638.119,95	10.338.119,95
Einlagen bei Kreditinstituten	7.535.093,61	7.535.093,61	0,00
sonstige Kapitalanlagen	30.000,00	30.000,00	0,00
Gesamt*	550.858.814,31	549.627.055,45	-1.231.758,86

*Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen

Zusätzliche Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Die SELBSTHILFE hält ca. 89,4 % der Anteile am PKC-Fonds. Zum 31.12.2013 betrug der Anteilswert des PKC-Fonds € 49,97. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhielt die SELBSTHILFE Ausschüttungen von insgesamt € 11.609.799,49. Der Fondsanteilspreis lag am Jahresende um 8,58 % unter dem bei der SELBSTHILFE ausgewiesenen Buchwert.



Der PKC-Fonds ist dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmet. Derzeit liegen nach Einschätzung der SELBSTHILFE keine Anzeichen für eine dauerhafte Wertminderung vor.

Bei dem Fonds handelt es sich um einen Master-Dachfonds, bei dem das gesamte Fondsvermögen auf unterschiedliche Zielfonds aufgeteilt wurde. Per 31.12.2013 gliederte sich das anteilige Fondsvermögen in nachfolgender Weise:

	%-Anteil am Fondsvermögen	Ziel	Benchmark
SAI-Fonds	16,73	Partizipation an der Performance europäischer Aktien	EURO STOXX 50
SRD-Fonds	27,67	Europäische Staatsanleihen, Investment Grade	4 % p. a.
SCO-Fonds	26,30	Europäische Pfandbriefe, Investment Grade	4 % p. a.
SEM-Fonds	27,00	Staatsanleihen aus den Emerging Markets, Schwerpunkt Investment Grade	breitdiversifizierter Index von Staatsanleihen
Overlay-Segmente, Liquidität, Forderungen	2,30		
Gesamt	100,00		

Des Weiteren hält die SELBSTHILFE ca. 82,5 % an einem Wertpapierspezialfonds (PK Corporate Bond), der ausschließlich in europäische Unternehmensanleihen mit einem Investment Grade Rating investiert. Die restlichen Anteile von ca. 17,5 % sind im Besitz der Kölner Pensionskasse VVaG. Benchmark dieses Fonds ist iBoxx EURO non-financial corporates IG. Das Gesamtvolumen dieses Wertpapierspezialfonds beträgt bezüglich des Buchwertes € 20.649.300,00; bezüglich des Zeitwertes € 21.533.090,04. Eine Ausschüttung der Erträge (€ 3,36 pro Anteil) erfolgte Anfang Juli 2013.

Emittentenstruktur im Direktbestand per 31.12.2013	€
Anlagen bei öffentlich-rechtlichen Banken	0,00
Anlagen bei privatrechtlichen Banken	143.845.891,08
Ausleihungen an Unternehmen, die ein verbundenes Unternehmen darstellen	2.550.000,00
Gesamt	146.395.891,08

Zu C. Forderungen

- 4 II. Sonstige Forderungen
Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Gründungsstockdarlehen in Höhe von € 6.000.000,00 an die Kölner Pensionskasse VVaG.

Zu D. Sonstige Vermögensgegenstände

- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
In dieser Position befindet sich vor allem die für die Rentenzahlungen des ersten Quartals 2014 benötigte Liquidität.
- 5 III. Andere Vermögensgegenstände
In dieser Position sind die am Jahresende für Januar 2014 im Voraus gezahlten Renten enthalten.

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

- 6 II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten
Die sonstigen Rechnungsabrechnungsposten bestehen im Wesentlichen aus vorausgezahlten sonstigen Aufwendungen.

PASSIVA

Zu A. Eigenkapital

- 7 I. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG
Die Rücklage entwickelte sich wie folgt:

	€
Stand 31.12. 2012	28.342.089,85
Zuführung/Entnahme	-1.160.839,50
Stand 31.12. 2013	27.181.250,35

Zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

- 8 I. Deckungsrückstellung
Die Deckungsrückstellung ist für die Leistungsverpflichtung in Höhe ihres Wertes einschließlich bereits zugeteilter versicherungsmathematisch errechneter Überschussanteile und nach Abzug des versicherungsmathematisch ermittelten Barwertes der künftigen Beiträge gebildet (prospektive Methode).



Aufgrund der Neuberechnung waren der Deckungsrückstellung € 7.553.098,35 zu entnehmen. Für Geschäft vom 01.01.1997 bis 30.06.2000 wurde der Rechnungszins auf 3,41 % abgesenkt. Dafür wurde eine pauschale Zinszusatzreserve in Höhe von € 369.889,23 gebildet. Insgesamt bestehen jetzt pauschale Zinszusatzreserven in Höhe von € 1.692.193,65. Damit beläuft sich diese Bilanzposition auf € 543.733.965,72.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung wurden folgende biometrische Rechnungsgrundlagen angewandt:

Rentenversicherung:

Unternehmenseigene Rechnungsgrundlagen auf der Basis der Richttafeln 1998 von Dr. Klaus Heubeck.

Sterbegeld:

Sterbetafeln 1986 Frauen/Männer

Rechnungszins:

- a) Altbestand im Sinne des § 11 c VAG: 3,50 %
- b) Neubestand:
 - 3,50 % (Geschäft bis 30.06.2000)
 - 3,25 % (Geschäft 01.07.2000 bis 31.12.2003)
 - 2,75 % (Geschäft 01.01.2004 bis 31.12.2006)
 - 2,25 % (Geschäft 01.01.2007 bis 31.12.2011)
 - 1,75 % (Geschäft seit 01.01.2012)

Verwaltungskosten:

- a) Altbestand im Sinne des § 11 c VAG:
 - Geschäft bis 31.12.1993:
3,75 % des Barwertes der Leistungen und des Barwertes der Beiträge
 - Geschäft vom 01.01.1994 bis 31.12.1996:
Für beitragsfreie Versicherungsjahre wurde geschäftsplanmäßig einzelvertraglich eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet. Im Übrigen wurden die Kosten geschäftsplanmäßig implizit berücksichtigt.
- b) Neubestand:
 - wie Altbestand „Geschäft vom 01.01.1994 bis 31.12.1996“

9 II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt pauschal bei gleichzeitiger Berücksichtigung der historischen Erfahrungswerte und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 341 g Abs. 2 HGB.

10 III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	€
Stand 31.12.2012	3.112.190,01
Entnahme zur Erhöhung der versicherten Leistungen	235.874,58
Stand 31.12.2013	2.876.315,43

Der ausgewiesene Stand zum 31.12.2013 in Höhe von € 2,88 Mio. sind Mittel der freien Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Zu C. Andere Rückstellungen

11 I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	€
Altersversorgung	298.499,00

Die Pensionsrückstellungen sind entsprechend den Zusagen für die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gebildet. Sie werden gemäß extern erstelltem versicherungsmathematischen Gutachten auf Basis der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 4,88 % ermittelt. Für die Handelsbilanz wurde die PUC-Methode verwendet.

12 II. Sonstige Rückstellungen

	Stand 01.01.2013	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2013
	€	€	€	€	€
Archivierung	36.500,00	0,00	1.500,00	0,00	35.000,00
Aktuarial	20.000,00	20.000,00	0,00	26.000,00	26.000,00
Jahresabschluss- prüfung	27.103,20	27.103,20	0,00	21.000,00	21.000,00
Urlaubsansprüche	10.405,67	0,00	107,14	0,00	10.298,53
Sonstige	29.000,00	20.674,84	8.325,16	15.000,00	15.000,00
Gesamt	123.008,87	67.778,04	9.932,30	62.000,00	107.298,53



Zu D. Andere Verbindlichkeiten

13 II. Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten befinden sich € 535.156,13 grundbuchlich gesicherte Hypotheken mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Des Weiteren sind hier Verbindlichkeiten in Höhe von € 1.534.858,69 gegenüber der Kölner Pensionskasse enthalten, die aus den für die Gesellschaft von der Kölner Pensionskasse erbrachten Dienstleistungen sowie aus der treuhänderischen Verwaltung verschiedener Schuld-scheindarlehen durch die Kölner Pensionskasse resultieren.

14 Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

Hier sind mit € 27.398,97 im Wesentlichen Mietvorauszahlungen für 2014 und Kautionen erfasst.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

15 Zu 1. Gebuchte = verdiente Beiträge

Die Mitgliedsbeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

Gebuchte Beiträge	2013 €	2012 €
laufende Beiträge	8.382.644,33	8.200.747,08
Einmalbeiträge	202.565,34	436.552,44
Gesamt	8.585.209,67	8.637.299,52

Die Beiträge entfallen ausschließlich auf Einzelverträge mit Gewinnbeteiligung.

16 Zu 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Erfolgswirksame Auflösung der Vorjahresrückstellung für die Überschussbeteiligung der Versicherungsverträge. In Höhe des Auflösungsbetrages wurde die Deckungsrückstellung dotiert.

17 Zu 3.a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2013 €	2012 €
davon aus Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	52.655,56	42.700,00
Investmentanteile	13.472.726,63	13.941.019,89
Hypothekendarlehen	2.740,89	8.651,07
Namensschuldverschreibungen	2.629.413,53	2.629.200,00
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.555.050,00	2.830.158,05
Tages- und Festgeldzinsen	204.646,91	242.827,05
Andere Kapitalanlagen	2.100,00	2.100,00
Gesamt	18.919.333,52	19.696.656,06

18 Zu 9.b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Bei den Abschreibungen auf Kapitalanlagen handelt es sich in Höhe von € 538.983,04 um planmäßige AfA auf Grundstücke und Gebäude. Des Weiteren wurden auf sich in Abwicklung befindliche Immobiliensondervermögen außerplanmäßig € 929.922,46 abgeschrieben. Hierbei entfielen auf das Sondervermögen CS EUROREAL € 680.382,00. Beim Sondervermögen EURO OFFICE 1 handelte es sich um € 249.540,46.

Zusammensetzung der Personalaufwendungen nach § 51 Abs. 5 RechVersV

Die Personalaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2013 €	2012 €
Löhne und Gehälter	891.726,85	913.556,62
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	137.945,04	144.483,30
Aufwendungen für Altersversorgung	38.658,91	43.566,63
Gesamt	1.068.330,80	1.101.606,55

Sonstige Angaben

Die SELBSTHILFE beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 12 Mitarbeiter einschließlich der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder.



Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf Seite 5 namentlich aufgeführt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates und zwei Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig unter Erstattung ihrer Aufwendungen.

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vorstandsbezüge verzichtet.

Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer entstanden im Geschäftsjahr in Höhe von € 32.647,05 (netto).

An Organmitglieder waren im Berichtsjahr folgende Kredite vergeben, die bis zum Bilanzstichtag vollständig zurückgeführt wurden:

Hypothekendarlehen an Mitglieder des Vorstandes:

Nominalbetrag	€ 340.000,00
Davon in Anspruch genommen	€ 340.000,00
Zins	4,2 % p. a.
Tilgung	2,8 % p. a. zuzüglich ersparter Zinsen
Sicherheit	erstrangige Hypothek
Eingegangene Haftungsverhältnisse	keine

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherheitsübereignungen bestanden nicht. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks waren gleichfalls nicht vorhanden. Die von den Mietern zum Zweck der Kautionsstellung hinterlegten Sparbücher wurden treuhänderisch verwahrt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden aufgrund der Bücher und sonstigen Unterlagen erstellt. Die Jahresbilanz enthält alle Vermögensgegenstände und Verpflichtungen. Das Versicherungsvermögen ist satzungsgemäß angelegt.

Köln, den 15. April 2014

Der Vorstand der SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Christof Heinrich

Michael Wrobel

Dirk Puspas

Willy Schmitz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SELBST-HILFE Pensionskasse der Caritas WwG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341 k HGB in Verbindung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 25. April 2014
a x i s GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Lothar Horbach
Wirtschaftsprüfer



Erik Barndt
Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 2013

Der Aufsichtsrat ließ sich im Geschäftsjahr 2013 durch mündlichen und schriftlichen Vortrag des Vorstandes des Versicherungsvereins mit der gebotenen Regelmäßigkeit über die Geschäftsentwicklung unterrichten.

Der Aufsichtsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

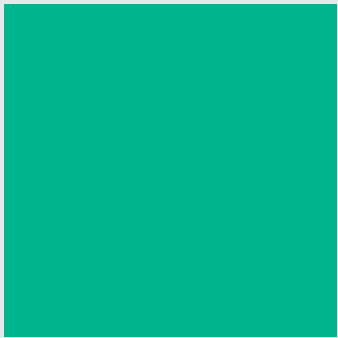
Der Abschlussprüfer *a x i s* GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, hat den Lagebericht und den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchhaltung geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Bemerkungen zum Bericht des Abschlussprüfers sind seitens des Aufsichtsrates nicht zu machen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht und den Jahresabschluss gebilligt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Bericht des Vorstandes an und empfiehlt der Vertreterversammlung, den Jahresabschluss 2013 in der vorgelegten Form anzunehmen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu beschließen und die hierzu erstellte Vorlage zu TOP 6 der Tagesordnung der Vertreterversammlung zu verabschieden.

Köln, den 21. Mai 2014

Thomas Vortkamp
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Anlagen

Bewegung des Bestandes an
Pensionsversicherungen

Entwicklung der Aktivposten

Überschussverwendung

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2013

Anlage 1 zum Lagebericht

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Summe der Jahresrenten ²⁾
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.945	11.060	1.333	8.129	766	19	27	1.428.524,40 €	7.289,76 €	7.639,80 €
II. Zugang während des Geschäftsjahres										
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	119	373	69	311	28	2	7	41.370,60 €	248,88 €	570,60 €
2. Sonstiger Zugang ¹⁾	37	196	-	-	-	-	-	134,28 €	42,48 €	22,44 €
3. Gesamter Zugang	156	569	69	311	28	2	7	41.504,88 €	291,36 €	593,04 €
III. Abgang während des Geschäftsjahres										
1. Tod	9	2	46	301	56	-	-	114.271,20 €	-	-
2. Beginn der Altersrente	56	272	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	13	39	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	-	6	-	-	8	-	-	922,80 €
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	61	184	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Sonstiger Abgang	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Gesamter Abgang	139	497	46	307	56	-	8	908.738,88 €	114.271,20 €	922,80 €
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.962	11.132	1.356	8.133	738	21	26	1.355.758,08 €	7.581,12 €	7.310,04 €
davon beitragsfreie Anwartschaften	1.320	5.747	-	-	-	-	-	-	-	-

1) z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

2) Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

	Anteile	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte	Anteile
	Vorjahr	31.12.2012	€	€	€	€	31.12.2013	Geschäftsjahr
		€	€	€	€	€	€	
A								
Immaterielle Vermögensgegenstände								
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0,1 %	752.582,00	101.611,07	0,00	0,00	194.666,07	659.527,00	0,1 %
B I.								
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3,2 %	18.267.596,55	476.600,00	0,00	0,00	538.983,04	18.205.213,51	3,3 %
B II.								
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1 %	542.625,00	0,00	8.000.000,00	0,00	0,00	8.542.625,00	1,5 %
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1,8 %	10.150.000,00	400.000,00	-8.000.000,00	0,00	0,00	2.550.000,00	0,5 %
3. Beteiligungen	0,0 %	12.550,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.550,00	0,0 %
Summe B II.	1,9 %	10.705.175,00	400.000,00	0,00	0,00	0,00	11.105.175,00	2,0 %
B III.								
Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	69,6 %	397.843.226,03	11.609.754,76	0,00	8.839.726,14	929.922,46	399.683.332,19	72,5 %
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,0 %	197.719,97	0,00	0,00	197.719,97	0,00	0,00	0,0 %
3. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldschreibungen	10,2 %	58.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	58.500.000,00	10,6 %
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	11,0 %	62.800.000,00	0,00	0,00	7.000.000,00	0,00	55.800.000,00	10,1 %
4. Einlagen bei Kreditinstituten	3,9 %	22.545.891,08	0,00	0,00	15.010.797,47	0,00	7.535.093,61	1,4 %
5. Andere Kapitalanlagen	0,0 %	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,0 %
Summe B III.	94,8 %	541.916.837,08	11.609.754,76	0,00	31.048.243,58	929.922,46	521.548.425,80	94,6 %
Aktivposten B gesamt	99,9 %	570.889.608,63	12.486.354,76	0,00	31.048.243,58	1.468.905,50	550.858.814,31	99,9 %
Aktivposten A und B insgesamt	100,0 %	571.642.190,63	12.587.965,83	0,00	31.048.243,58	1.663.571,57	551.518.341,31	100,0 %

Überschussverwendung

Die Vertreterversammlung hat am 22.05.2013 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars folgend, den nachstehenden Beschluss gefasst:

Jeder am 31.12.2012 bestehenden Versicherung wird mit Wirkung zum 01.01.2014 eine unbefristete Leistungserhöhung gewährt, die sich aus einem Einmalbeitrag (bei den Altтарifen – Geschäft bis 31.12.1993 – unter Berücksichtigung des Verwaltungskostensatzes von 3,75 %, bei allen anderen Tarifen der geschäftsplanmäßige Einmalbeitrag) in Prozent der Deckungsrückstellung der jeweiligen Versicherung zum 31.12.2012 ergibt. Der Prozentsatz beträgt für

Bestandsgruppe 1 (Altbestand)

Gewinnverband 1 (Geschäft bis zum 31.12.1993):	0,00 %
Gewinnverband 2 (Geschäft vom 01.01.1994 bis 31.12.1996):	0,00 %

Bestandsgruppe 2 (Neubestand)

Gewinnverbände 1 und 3 (Geschäft vom 01.01.1997 bis 30.06.2000):	0,00 %
Gewinnverbände 4 und 6 (Geschäft vom 01.07.2000 bis 31.12.2003):	0,25 %
Gewinnverbände 7 und 8 (Geschäft vom 01.01.2004 bis 31.12.2006):	0,75 %
Gewinnverbände 9 und 10 (Geschäft vom 01.01.2007 bis 31.12.2011):	1,25 %
Gewinnverband 11 (Geschäft ab 01.01.2012):	1,75 %

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig ohne Stimmenthaltung.



SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas VwG

KÖLNER
PENSIONSKASSE
Versicherungsvereinsamt der Barmherzigen Brüder

SELBSTHILFE

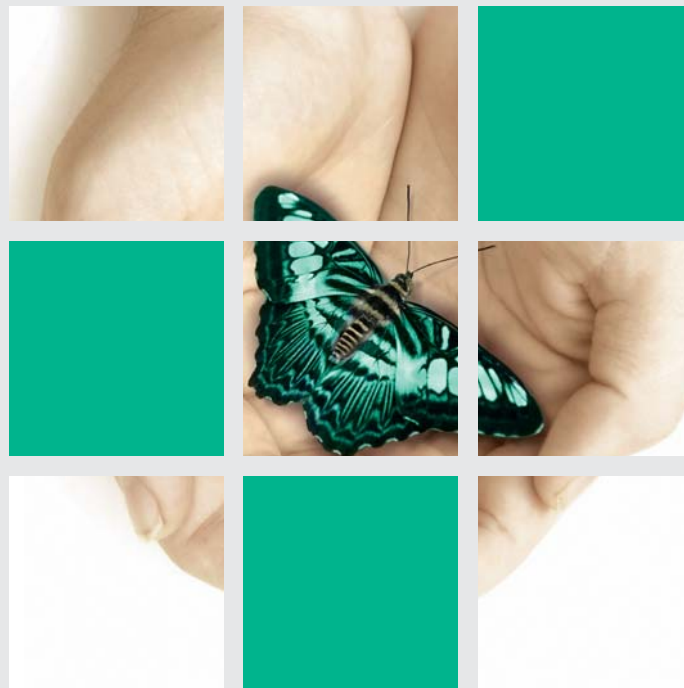
Pensionskasse der Caritas VVaG

Dürener Straße 341
50935 Köln

Telefon 0221 46015-0
Telefax 0221 46015-46

info@sh-rente.de
www.sh-rente.de

Register-Nr. BaFin 2164



Zukunft
sichern
mehr als
60 Jahre
SELBSTHILFE